"Wir sind seit jeher der Ansicht, daß alle Länder, ob groß oder klein, gleichberechtigt sein sollen und daß die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz als Richtschnur für die Beziehungen zwischen den Staaten zu dienen haben. Jedes Volk hat das Recht, sich das ihm zusagende Gesellschaftssystem zu wählen sowie die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit seines Landes zu schützen. Kein Staat hat das Recht, andere Länder seiner Aggression, Wühltätigkeit, Kontrolle, Einmischung oder Einschüchterung auszusetzen. Wir sind gegen die imperialistische und kolonialistische Theorie, wonach große Nationen kleineren überlegen wären und kleine Nationen sich großen unterzuordnen hätten. Wir sind gegen die Macht- und Hegemoniepolitik, durch welche große oder starke Nationen kleine oder schwache Nationen terrorisieren können. Wir meinen, daß die Angelegenheiten jedes einzelnen Landes durch dessen Bevölkerung, die Angelegenheiten der ganzen Welt durch alle Länder und die Angelegenheiten der UNO durch sämtliche Mitgliedstaaten gemeinsam geregelt werden sollen, daß es den Supermächten nicht gestattet sein darf, sie zu manipulieren und zu monopolisieren. Die Supermächte wollen über die anderen erhaben sein und sie beherrschen. Niemals, weder heute noch irgendwann in der Zukunft, wird China eine Supermacht sein, die andere der Aggression, Subversion, Kontrolle, Einmischung oder Terrorisierung aussetzt!

Die ein bis zwei Supermächte verstärken ihre Rüstungen und Kriegsvorbereitungen, entwickeln fieberhaft ihre Atomwaffen und bedrohen so ernsthaft den Weltfrieden. Begreiflicherweise sehnen sich die Völker nach einer Abrüstung, insbesondere nach einer atomaren Abrüstung. Ihre Forderung nach Auflösung der Militärblocks, Abzug ausländischer Truppen und Beseitigung fremder Militärstützpunkte ist berechtigt. Doch die Supermächte reden zwar täglich von Abrüstung, vergrössern aber in Wirklichkeit von Tag zu Tag ihre Rüstungen. Die sogenannte Kernwaffenabrüstung, die sie angeblich anstreben, dient lediglich dazu, die Kernwaffen zum Zwecke atomarer Drohungen und Erpressungen zu monopolisieren. China wird niemals an sogenannten Atomabrüstungsgesprächen teilnehmen, die zwischen den Kernwaffenmächten hinter dem Rücken der nicht-nuklearen Länder geführt werden. Chinas Atomwaffen befinden sich noch immer im Versuchsstadium. China entwickelt Atomwaffen einzig und allein zum Zweck der Verteidigung und der Brechung des Atommonopols sowie der schließlichen Ausschaltung der Atomwaffen und eines Atomkriegs. Die chinesische Regierung tritt konsequent für das völlige Verbot und die restlose Vernichtung der Kernwaffen ein; sie hat vorgeschlagen, daß eine Gipfelkonferenz aller Länder der Welt einberufen wird, um diese Frage zu erörtern, und daß als erster Schritt ein Abkommen über Nichtanwendung von Kernwaffen geschlossen wird. Die chinesische Regierung hat bei vielen Gelegenheiten erklärt - und ich wiederhole jetzt im Namen meiner Regierung abermals diese feierliche Erklärung -, daß China niemals und unter keinen Umständen als erster Kernwaffen anwenden wird. Wenn die USA und die UdSSR wirklich und wahrhaftig eine Abrüstung wollen, so mögen sie sich verpflichten, niemals als erste Kernwaffen anzuwenden. Das ist doch nicht so schwer! Ob sie dies tun oder unterlassen, wird ein ernster Prüfstein dafür sein, ob ihr Wunsch nach Abrüstung echt ist oder nicht."

Abschließend erklärte der chinesische UNO-Delegierte: "Gemäß den Zielsetzungen der UNO-Charta haben die Vereinten Nationen die ihr gebührende Rolle bei der Aufrechterhaltung des internationalen Friedens, beim Widerstand gegen Aggression und Einmischung sowie bei der Entwicklung von Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Nationen zu spielen. Jedoch eine lange Zeit hindurch haben ein bis zwei Supermächte die Vereinten Nationen ausgenützt, um viele Dinge zu tun, die sowohl der UNO-Charta als auch dem Willen der Völker zuwiderliefen. Diese Situation darf nicht mehr andauern. Wir hoffen, daß der Geist der UNO-Charta wirklich und wahrhaftig befolgt werden wird. Wir werden mit allen Frieden und Gerechtigkeit liebenden Ländern und Völkern zusammenstehn und mit ihnen für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität der einzelnen Länder sowie für die Sicherung des internationalen Friedens und die Förderung des menschlichen Fortschritts zusammenarbeiten."

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.

VRA

Für die VOLKSMACHT

Früher: „Der Kommunist"

Nummer 57
November 1971

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 30,—

DIE SUPERMÄCHTE IN BEDRÄNGNIS

DIE WELTLAGE IST AUSGEZEICHNET

(Dieser Artikel basiert auf dem Einleitungsreferat bei der gesamtösterreichischen Beratung der VRA am 31. Oktober und 1. November in Wien.)

Die gegenwärtige Lage in der Welt kennzeichnet am besten die Tatsache, daß die Völker der Welt mit überwältigender Mehrheit durchgesetzt haben, daß die UNO-Generalversammlung der Volksrepublik China den ihr seit mehr als 20 Jahren vorenthaltenen Sitz in dieser Organisation zugesprochen hat und die amerikanische Marionette Tschiang Kai-schek aus ihr verjagt wurde. Dabei dürfen wir die Argumente der Gegner nicht übersehen, die behaupten: es wäre "China aufgenommen" und "Taiwan ausgeschlossen" worden. In Wirklichkeit gibt es kein Taiwan als selbständiges Land - das bestätigt sogar Tschiang Kai-schek - sondern wurde durchgesetzt, daß eben die Regierung in Peking das ganze chinesische Volk zu vertreten hat und sonst niemand. Dafür sprachen sich mehr als zwei Drittel aller UNO-Mitgliedstaaten aus!

Es ist dies der Ausdruck der Niederlage der imperialistischen Politik der USA und beweist ganz deutlich, daß die Hauptströmung in der Welt heute die Revolution ist.

Wir wissen ganz genau, daß, selbst wenn sie mitgestimmt haben, die revisionistischen Verräter nicht zufrieden sind mit dieser Entwicklung. Denn es zeigt sich, daß in weiten Kreisen in den verschiedensten Ländern heute eines anerkannt wird: Will man sich gegen den Druck der "Supermächte" wehren, will man sich loslösen von dem, was Ergebnis war der verschiedensten Gespräche zwischen den USA und Rußland, nämlich: die Welt in Einflußsphären aufzuteilen und so zu beherrschen (was sie als "Status quo" bezeichnen), ist die Volksrepublik China die zuverlässigste Stütze.

Es wurde aber auch bewiesen, daß diese Politik nicht länger aufrechterhalten werden kann: Die Völker der Welt haben erkannt, daß das mächtige sozialistische China, geleitet vom Marxismus, vom Leninismus, von den Ideen Mao Tsetungs, ein Bollwerk ist, das jedem Land in seinem Kampf um die Unabhängigkeit von den Großmächten und um seine Selbständigkeit Schutz gewährt und ermöglicht, sich gegen die Hegemonieansprüche der Supermächte zu wehren. Es ist dies eine ganz entscheidende Veränderung in der weltpolitischen Situation.

Die Soldschreiber der herrschenden Klasse jammern darüber: Das ist etwas ganz Neues, sagen sie; "wir" müssen jetzt die Länder der "dritten Welt" anerkennen, "wir" können nicht mehr so bestimmen, wie wir dies bisher taten, usw.

Wenn man berücksichtigt, welchen Druck die US-Imperialisten ausgeübt haben, um doch noch zu verhindern, daß, wie sie sagen, "Taiwan ausgeschlossen" wird, wie sehr sie bemüht waren, ihre "Zwei-

"China-Theorie" durchzusetzen, daß sie dabei alle Methoden angewendet haben - Druck und Versprechungen - und dennoch so eine große Niederlage erlitten haben, so zeigt das eben, wie stark sich die revolutionäre Weltbewegung entwickelt, wie mächtig sie schon ist.

Freilich vergessen wir dabei nicht, daß der Imperialismus nie seinen Charakter ändern wird, daß er immer bestrebt sein wird, verlorenes Terrain zurückzuerobern. Wir müssen in dieser Hinsicht wachsam sein und immer daran denken, daß der Imperialismus in seiner Verzweiflung bemüht ist, durch Gewalt eine Änderung der geschichtlichen Entwicklung herbeizuführen. Wir verlieren aus diesem Grund nicht die Worte des Genossen Mao Tsetung aus dem Sinn, daß immer noch ein Weltkrieg droht und man auf einen Weltkrieg vorbereitet sein muß. Diese UNO-Abstimmung macht auch deutlich, was bei der so große Wellen schlagenden Mitteilung, daß Nixon nach Peking fahren muß, offenkundig wurde. Mit dieser Mitteilung mußte Nixon zugeben, daß die amerikanische Asien-Politik Schiffbruch erlitten hat. Und auch den Revisionisten ist es bisher nicht gelungen und wird es auch nicht gelingen, die Dinge so zu verfälschen, als würden die chinesischen Genossen jetzt eine Politik betreiben wie sie selbst, nämlich: Packelei mit dem US-Imperialismus. Es besteht da eben der Unterschied, daß man mit China nicht schachern kann um eine "Teilung der Weltherrschaft", sondern daß die Volksrepublik China, getreu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, alle ihre politischen Aktivitäten und diplomatischen Handlungen eben im Interesse der Weltrevolution durchführt.

Wir sehen auch, wie die Imperialisten trotzdem bemüht sind, ihre Politik, die eigentlich jetzt Schiffbruch erlitten hat, fortzusetzen, und wir erleben gerade da, daß es die russischen Sozialimperialisten sind, die immer mehr "Nummer eins" werden bei der Bedrohung des Weltfriedens, daß wir, wie in unserem Artikel "Die Hitler von heute" festgestellt wurde, eben sehen müssen, daß die von den revisionistischen Renegaten beherrschte Sowjetunion durch die Veränderung ihres Klassencharakters zwangsläufig diese Rolle spielt. Wir dürfen uns von der Feststellung dieser für alle ehrlichen Kommunisten bitteren Tatsache nicht abhalten lassen, auch wenn jene unter ihnen, die noch in der revisionistischen Partei sind, im Gespräch mit uns über diese Tatsachenfeststellung erbittert sind. Anders handeln wäre Opportunismus. Denn die russischen Sozialimperialisten beweisen heute, daß sich ihre Politik in nichts unterscheidet von der seinerzeitigen Politik Hitlers. Man betrachte nur ihre Verhandlungen und Abmachungen mit Bonn, wo sie nicht nur Zuckerln geben, sondern wo sie im Interesse eines Paktes, der ihnen den Rücken freimachen soll für eine Aggression gegen China ganz enorme Zugeständnisse machen, die dem deutschen Militarismus äußerst willkommen sind, und daß sie große Teile des osteuropäischen Raums - vor allem die DDR, aber auch Polen - mehr oder weniger bereits verraten und verkauft haben.

Es wurde einmal in einer Diskussion gesagt, die Verleihung des Nobel-Friedenspreises an Brandt erinnere an die gleiche Ehrung für den Außenminister der Weimarer Republik Stresemann, für seine "Verdienste" um das Locarno-Abkommen der Westmächte mit Deutschalnd 1926. Mit dieser Politik waren aber die Parteien des Weimarer Deutschland, vor allem die SPD, Wegbereiter des Faschismus und des dann von Hitler begonnenen zweiten Weltkriegs!

Das die russischen Sozialimperialisten Haupttriebkraft bei der faktischen Vorbereitung eines neuen Krieges sind, beweisen sie u.a. auch durch ihren Pakt mit Indien gerade in dem Augenblick, da die Gefahr eines indischen Aggressionskrieges gegen Pakistan immer drohender wird.

Nichtsdestoweniger zeigt es sich, daß, wenn man den Kampf konsequent führt und sich auf den Marxismus-Leninismus stützt, eben die Hauptströmung die Weltrevolution ist und daß sich diese Strömung siegreich entwickelt, wobei wir nicht übersehen, daß diese Entwicklung mit Windungen und Wendungen, im Zickzack, vor sich geht.

Wir dürfen auch nicht übersehen, daß, obwohl jetzt etwas in den Hintergrund getreten, die Wirtschafts- und Währungskrise in den kapitalistischen Ländern ungelöst ist, daß hier zweifellos ein verstärkter Kampf gegeneinander geführt wird. Da sieht man, wie richtig die chinesischen Genossen die Widersprüche des Kapitalismus, der Imperialisten untereinander ausnützen. Wir beobachten, wie einerseits diese

Länder wie England und Frankreich gegen den zunehmenden Druck Amerikas, aber auch gegen die Bemühungen der deutschen Monopolkapitalisten, mit Rußland auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, sich in der EWG ein Gegengewicht zu schaffen suchen (von der Warte aus beurteilen wir z.B. den Eintritt Englands in die EWG); andererseits müssen wir gleichzeitig erkennen, was an und für sich so ein Schritt für jedes einzelne betroffene Land bedeutet, vor allem für kleinere Länder wie Österreich, wo man auch einen solchen Beitritt betreiben will, der - und Portisch hat das einfach und offen geschrieben - für die Engländer bedeuten werde "Tränen, Blut und Schweiß", also kleineren Ländern noch Schlimmeres verheißt. In Wirklichkeit heißt das doch nur, daß man, um die Profite nicht zu schmälern, die Belastungen und die Krisenerscheinungen der Wirtschaft auf die arbeitenden Menschen abwälzen will, und dasselbe gilt natürlich auch für Österreich, wo diese Tendenzen genauso vorherrschen, daß man in den "gesamteuropäischen Raum" eintreten soll. Wir unterscheiden auf der einen Seite, von der internationalen politischen Situation her, die Bemühungen gewisser kapitalistischer und imperialistischer Länder, gegenüber den Supermächten an Gewicht und Kraft zu gewinnen - das ist sozusagen eine Auflehnung gegen das Diktat der Supermächte -, auf der anderen Seite, vom nationalen Interesse her gesehen, für die arbeitenden Menschen nichts anderes als eine verstärkte Ausbeutung.

In Österreich hat Kreisky bei den Nationalratswahlen einen weiteren "Vertrauensbeweis" (wie er das nennt) bekommen. Wir schätzen die Dinge anders ein. (Darüber an anderer Stelle.)

Zweifellos ist das Monopolkapital, was die nunmehrige "Stabilität" der Regierung Kreisky anbelangt, zufrieden. Denn diese Regierung soll diese Politik durchführen, die das Monopolkapital braucht, nämlich: unter den Schlagworten einer "Modernisierung", "Europareife" usw. die Belastungen, die der werktätigen österreichischen Bevölkerung auferlegt werden sollen, schmackhaft zu machen. Profite und Krisenerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft sollen auf Kosten der arbeitenden Menschen gescheffelt bzw. gelöst werden. Soll ein erfolgreicher Kampf dagegen geführt werden, ist es unbedingt notwendig, gegen diese Anschläge die revolutionäre Kraft des Proletariats zu mobilisieren. Eben in diesem Zusammenhang zeigt sich, daß die Arbeiterklasse ihre revolutionäre Organisation braucht.

Unsere Organisation - die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) - ist nur eine kleine Organisation. Wir dürfen aber trotzdem nicht übersehen, daß gerade jetzt, wo wir im nationalen Maßstab zu unserer bisher größten Kampagne eingesetzt haben, der Druck auf uns ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht hat, und das spricht meiner Ansicht nach für unsere Organisation, spricht für unsere Tätigkeit, weil es außer uns in Österreich niemanden gibt, dessen politische Ansichten für die herrschende Klasse gefährlich wären. Alles, was sich da "links" nennt, ist in Wirklichkeit für das Establishment. Bester Beweis sind z.B. Nenning und "offensiv links". Diese gehören entweder zur Partei Kreiskys oder werden von ihr gefördert. Aber auf der anderen Seite: verschärfter Druck gegen unsere Genossen in den Betrieben, verschärfter Druck gegen die Organisation.

Auf der anderen Seite müssen wir jedoch sehen, daß wir auch gewisse Schwächen aufweisen. Will man den Anforderungen des Kampfes gerecht werden, muß man auch sehen, wo es Schwierigkeiten gibt, wo man den Arbeitsstil oder auch die Einschätzung verbessern kann. Das heißt, daß wir organisatorisch alles daransetzen müssen, um alle unsere Aufgaben in noch größerem Rahmen noch besser durchzuführen. Gerade aus diesem Grund ist unsere Konferenz angesetzt worden.

Wir glauben, daß die Betriebsarbeit der entscheidende Faktor ist, die entscheidende Grundlage für die Entwicklung einer revolutionären Organisation, die mit den Massen verbunden ist, denn nur dann kann sie wirklich revolutionär sein.

FÜR DIE VOLKSMACHT, das Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML), erscheint monatlich.
Einzelpreis S 3,–, Jahresabonnement S 30,–.

ROTE GARDE (tribüne der revolutionären jugend) erscheint jährlich zirka 10- bis 12mal.
Einzelpreis S 3,–, Jahresabonnement S 24,–.

Bestellungen bitte an das Postfach 3, 1205 Wien.

KEINE ILLUSIONEN, SONDERN KAMPF IN DEN BETRIEBEN!

Das Betrugstheater der Nationalratswahl ist vorbei. Jeder Österreicher konnte das ihm von der herrschenden Klasse zugebilligte "Recht" in Anspruch nehmen, über sein Schicksal zu entscheiden. Wieviel Zeit der Durchschnittsösterreicher dazu verwenden soll, hat Kreisky auch gesagt: eine halbe Stunde. Wir verstehen, warum Kreisky wünscht, daß die arbeitenden Menschen nicht länger darüber nachdenken sollen. Das wäre für die bei uns herrschende Kapitalistenklasse zu gefährlich, allzuleicht könnte man sonst ihr schäbiges Spiel durchschauen. Was sagen nun wir Marxisten-Leninisten zum Ausgang der Schwindelwahlen?

Das Monopolkapital ist zufrieden. Was die überwiegende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung noch nicht weiß, das wissen Mautner-Markhof, Mayr-Gunthof und wie sie noch heißen, die Kapitalistenbosse und Finanzmagnaten samt ihren Managern, die die wirkliche Macht in Österreich ausüben. Was sie wissen ist, daß Kreisky und die gesamte SPÖ-Führung nie und nimmer eine Politik betreiben werden, die gegen ihre Profit- und Machtinteressen gerichtet ist. Was sie wissen ist, daß die SPÖ augenblicklich sogar viel besser als die ÖVP geeignet ist, eine Politik durchzuführen, mit der das Volk unterdrückt und ausgebeutet werden kann. Denn die gesamte SPÖ-Politik wird heute von den großkapitalistischen Managern in den Banken, in der verstaatlichten Industrie, in der Kommunalwirtschaft usw. bestimmt. Und diese bürokratischen Kapitalisten betreiben eben eine kapitalistische Politik, die sie demagogisch mit sozialen Phrasen verschleiern, was die arbeitenden Menschen noch nicht durchschauen.

Wenn breite Kreise der arbeitenden Menschen und der immer mehr dem Verproletarisierungsprozeß unterliegenden Schichten des Kleinbürgertums und der kleinen und mittleren Bauern den wahren Charakter der SPÖ-Politik nicht erkennen, so liegt das daran, daß die SPÖ noch nie die Alleinverantwortung getragen hat und daher ihre Demagogie noch nicht restlos entlarvt werden konnte. Denn in den eineinhalb Jahren Minderheitsregierung konnte sich die SPÖ-Führung immer wieder heuchlerisch darauf berufen, daß sie bei der Durchführung ihrer ihrer demagogischen Programmpunkte von FPÖ und ÖVP abhängig war, die sie ja faktisch direkt unterstützt oder zumindest stillschweigend geduldet haben.

Deshalb haben sie alle volksfeindlichen Maßnahmen, wie vor allem die Preissteigerungen und die reaktionäre Steuerpolitik, der damaligen Parlamentsmehrheit in die Schuhe geschoben. Und die gesamte SPÖ-Wahlpropaganda basierte letztlich nur mehr auf den zur absoluten Mehrheit noch fehlenden eineinhalb Prozent Wählerstimmen. Deshalb haben die Wählermassen ihre Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik des Kabinetts Kreisky I, die sich in nichts von der Politik früherer Regierungen unterschieden hat, dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie der SPÖ zur absoluten Mehrheit verhalfen. Vom Standpunkt dieser gefühlsmäßigen Vorstellungen der Massen ist also dieses Wahlresultat als eine Art Linksentwicklung zu betrachten.

Diejenigen Arbeiter aber, die sich von den Spiegelfechtereien Kreiskys und seines Regierungsteams nicht mehr betrügen ließen, gingen diesmal dem scheinlinken Ableger der SPÖ, der revisionistischen "K"PÖ-Führung auf dem Leim, woraus sich deren zusätzliche 16.000 Stimmen erklären. In der - falschen - Vorstellung dieser Menschen war das auch eine Protesthandlung gegen das herrschende System und daher gefühlsmäßig der Ausdruck einer Linksentwicklung. Im selben Sinn sind auch die ungefähr 2.000 Stimmen der Liste "offensiv links" einzuschätzen.

Schließlich gab es auch Äußerungen einer wirklichen Linksentwicklung: den aktiven Wahlboykott. Wir haben schon im ersten Kommentar in Nr.56 darauf verwiesen, daß es eine Reihe von indirekten Beweisen dafür gibt, daß die Wahlboykottierer weitaus bewußter handelten als bei früheren Wahlen. Das heißt im Bewußtsein dessen der Urne fernblieben oder ungültig wählten, daß die Marxisten-Leninisten der VRA die einzige Kraft in Österreich waren, die - stärker und konsequenter als je zuvor - zum aktiven Wahlboykott in Österreich aufgerufen hat. Darüber hinaus gibt es auch den direkten Beweis dafür, nämlich: die Wahlanalyse in Vorarlberg (wir berichten ausführlich darüber in der nächsten Nummer) zeigt klipp und klar, daß in jenen Orten, wo unsere Genossen besonders aktiv auftraten der Anteil der Wahlboykottierer beträchtlich angestiegen ist, während er dort, wo unsere Genossen nicht hinkamen, gleichblieb oder sogar zurückging.

Ein weiterer Beweis dafür, daß es sich in der Vorstellung der Menschen um eine gewisse Linksentwicklung handelt, ist das verzweifelte Geschrei innerhalb der ÖVP, daß diese Partei von rechts zur "linken Mitte" abrücken müßte, um wieder die Wähler einfangen zu können. Deshalb wird verlangt, daß der ÖAAB innerhalb der ÖVP eine größere Rolle spiele, werden demagogische "Forderungen" erhoben usw.

Diese Linksentwicklung in der Vorstellung der Massen hat zur Folge, daß sich nun die Menschen Illusionen machen. Sie erhoffen sich, wenn schon nicht echte Reformen, so zumindest keine Verschlechterung ihrer Lebenslage. Aber die harte Wirklichkeit der kapitalistischen Entwicklung ist diesen Illusionen entgegengesetzt.

Die herrschende Klasse und ihre Manager sagen schon für das nächste Jahr unverblümt eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums und zugleich ein weiteres Ansteigen der Teuerung voraus, wobei das bereits im vollen Gange ist: Von 24 Industriesparten haben acht einen Rückgang der Produktion aufzuweisen (Stahl, Aluminium, Papier usw.), Eisenbahn- Straßenbahn-, Strom- und Posttarife werden radikal erhöht, die Massenkonsumgüter steigen täglich im Preis. Als Rezept propagiert der ORF: "einschränken".

Es wird daher unvermeidlich zu einem Zusammenstoß zwischen dem Großkapital und seinen SP-Sachwaltern einerseits und den Massen der arbeitenden Bevölkerung andererseits kommen. Die arbeitenden Menschen können sich nur durch ihren eigenen Kampf in den Betriebengegen die Anschläge der Unternehmer und deren Regierung zur Wehr setzen. Denn in den Betrieben sind die Arbeiter stark, wenn sie nur ihre Macht erkennen.

Dabei dürfen die Arbeiter nicht den verlogenen Führern der "K"PÖ auf den Leim gehen. Diese reden zwar sehr viel vom "Kampf", in Wirklichkeit legen sie aber die Arbeiter an die bremsende Kette der Gewerkschaftsführung. Sie sagen, man müsse "die Führung der Gewerkschaft zwingen" für die Forderungen der Arbeiter einzutreten. Wir wissen aber, daß die Gewerkschaft nichts tut. Also bedeutet eine solche "Aufforderung doch nur, daß Illusionen erzeugt und genährt werden, die Gewerkschaft sollte und würde etwas für die Arbeiter (an ihrer Stelle) tun. Die Gewerkschaft ist gegenwärtig der entscheidende Gesprächspartner des Monopolkapitals. Die Argumentation der "K"PÖ-Führung ist also eine totale Fehlorientierung der Arbeiterklasse.

Die Aufgabe der VRA ist es, die Gefährlichkeit der Illusionen über die Regierungspolitik der Kreisky und Co aufzuzeigen und sie zu zerschlagen. In den unvermeidlich sich entwickelnden Klassenkämpfen müssen wir mit den arbeitenden Menschen eng verbunden an den Kämpfen teilnehmen. Nur so erfüllen wir unsere Aufgabe und kommen wir Schritt nach Schritt unserem Ziel näher.



Zwei wichtige Termine!



Freitag den 10. Dezember findet um 19,30 Uhr im Lokal der VRA Wien 8., Schönborngasse 6 (Gasseneingang) ein äusserst interessanter Diskussionsabend statt. Anschliessend Diskussion. Es spricht ein anerkannter Historiker über das Thema: "Die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in Österreich (1916 bis 1919)"

Schmalfilmvorführung und anschliessend Diskussion über das Thema: "Die Anwendung der Akupunktur in China" und als Widerlegung antichinesischer Hetzpropaganda ein Film mit dem Inhalt: "Ausgrabungen historischer Kulturdenkmäler in China während der Kulturrevolution" Ebenfalls im Lokal der VRA und zwar am Samstag den 18. Dezember um 15 Uhr.

AUS DER ORGANISATION

VRA AUF DEM VORMARSCH

Im Vergleich zur Innsbrucker Beratung der VRA im Dezember 1969 (siehe "Der Kommunist", Nr. 35 und 36) und zur Jahreskonferenz vom 30.Mai d.J. (siehe "Für die Volksmacht", Nr. 52) bewies die am 31. Oktober und 1. November in Wien abgehaltene gesamtösterreichische Konferenz, die in Form einer erweiterten Leitungssitzung tagte, daß sich unsere Organisation merklich auf dem Vormarsch befindet.

Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt eine kurze Übersicht über die gegenwärtige weltpolitische Situation, die dem Leitartikel in dieser Nummer unserer Zeitung zugrunde lag. Im Mittelpunkt der Aussprache stand die Wiederherstellung der Rechte der Volksrepublik China in der UNO, die als größte Niederlage des US-Imperialismus und zugleich (vor allem gerade deswegen!) als gewaltiger Sieg aller Völker der Welt gewürdigt wurde. Die Zustimmung von mehr als zwei Dritteln der UNO-Generalversammlung zum albanischen Antrag war ein lebhafter Ausdruck der unwiderstehlich gewordenen Tendenz in der Welt von heute, daß die Staaten nach Unabhängigkeit, die Nationen nach Freiheit und die Volksmassen nach revolutionärer Umgestaltung streben, wie Genosse Tschou En-lai kürzlich sagte. Welche Perspektiven sich aus dieser bedeutsamen geschichtlichen Wendung für die weitere Entwicklung der Weltsituation im allgemeinen und für die eventuelle künftige Rolle der UNO im besonderen eröffnen, soll nach dem Wunsch der Konferenzteilnehmer eine möglichst breite Diskussion innerhalb der Gruppen der VRA zu klären versuchen, die dann in einem entsprechenden Artikel der "Volksmacht" ihren Niederschlag finden wird. (Die Wiener Organisation wird Freitag, den 26. November, über dieses Thema diskutieren.)

Der zweite und wichtigste Tagesordnungspunkt behandelte die Arbeit der VRA in den Betrieben. Die Diskussion, in der die Genossen, besonders jene, die als Betriebsräte tätig sind oder waren, ausführlich über ihre Erfahrungen berichteten, formulierte die konkreten Fragen, die wir bei dieser Arbeit zu bewältigen haben: die Verbindung der aktiven Teilnahme unserer Genossen an den verschiedenen Kämpfen und Auseinandersetzungen in ihren Betrieben mit der politischen Aufklärungsarbeit unter ihren Kollegen; die Fühlungnahme und Zusammenarbeit mit Belegschaftsangehörigen solcher Betriebe, wo die VRA keine Mitglieder hat; der Kampf gegen die mannigfaltigen Formen der Aufspaltung der Betriebsbelegschaften und gegen die Versuche, einzelne Gruppen der Werktätigen gegeneinander auszuspielen. In diesem Zusammenhang wurden einschlägige Untersuchungen und Analysen vorgeschlagen, und schon in allernächster Zeit soll eine Studie über das Problem der Fremdarbeiter verfaßt werden. Eine grundsätzliche Auswertung der inhaltsreichen Diskussion über diesen Tagesordnungspunkt wird in einer der nächsten Nummern unserer Zeitung erscheinen.

Als dritter Punkt stand auf der Tagesordnung eine Analyse der Nationalratswahl samt einer Einschätzung der gegenwärtigen innenpolitischen Lage. Das Einleitungsreferat dazu wird im wesentlichen in dem betreffenden Artikel in dieser Nummer wiedergegeben. Die Genossen berichteten im einzelnen über unsere Agitation für einen aktiven Wahlboykott und die dabei gemachten Erfahrungen. Von besonderer Bedeutung sind die wirklich großen Erfolge der Boykottkampagne in Vorarlberg, die - auch vom Gegner - kaum verhüllt - öffentlich festgestellt wurden. Den ausführlichen Bericht, den die Vorarlberger Landesgruppe darüber erstattete, bringen wir in der nächsten Nummer.

Unter dem vierten und letzten Tagesordnungspunkt ("Allfälliges") war der Beitrag eines Vorarlberger Genossen über Probleme des Klassenkampfes in der Jugenderziehung (im Zusammenhang mit der Aufgabe, Basisgruppen in diversen Lehranstalten zu schaffen) besonders interessant. Wir veröffentlichen in dieser Nummer wesentliche Teile daraus.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Tagung ein hohes Niveau hielt, ernsthafte Erfolge der VRA widerspiegelte und zweifellos den Anstoß zu einer weiteren Stärkung unserer Organisation sowie zur Verstärkung der Aktivität unserer Genossen gegeben hat.

KLASSENKAMPF IN DER SCHULE

In der Beratung der erweiterten Leitung der VRA brachte ein Genosse am Beispiel der politischen Arbeit an der Pädagogischen Akademie einen ausführlichen und sehr einleuchtenden Beitrag über Probleme des Klassenkampfes in der Schule und im Bildungswesen der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt, den wir nachstehend in seinen wesentlichen Zügen wiedergeben.

Man kann die Erziehung der heranwachsenden Jugend im Sinne der herrschenden Klasse auf Grund der Erfahrungen der Pädagogischen Akademien sehr klar feststellen.

Der Staat ist das Instrument, mit dem die herrschende Klasse die Ausbeutung der unterdrückten Klassen organisiert. Der Staat leitet die Ausbildung der Kinder in seinen Schulen; die Schulen haben eine widersprüchliche Aufgabe zu erfüllen: die Ausbildung des Nachwuchses einerseits der herrschenden und andererseits der unterdrückten Klasse. Sie tut das, was die Grundschule anbelangt, in ein und derselben Schule. Wie kann sie nun diese Schwierigkeit meistern? Eine Antwort drängt sich auf: sie muß sich vorweg der Lehrer versichern. Die Ausbildung der Lehrer geschieht in Österreich in den Pädagogischen Akademien. Wer nun, um Lehrer zu werden, in eine solche Akademie eintreten will, muß maturiert haben. Um maturieren zu können, muß man der herrschenden Klasse entweder angehören, oder nach ihrem Bild umgeformt sein. Das heißt: die Menschen, die Arbeiterkinder ausbilden, tragen in sich das Menschenbild der herrschenden Klasse; nach diesem formen sie die ihnen anvertrauten Kinder. Das heißt weiter: ein Arbeiterkind wird mit dem ersten Schultag einer fremden Welt ausgesetzt sein, in der nichts gilt, was es bisher für wert gehalten hat. Der eigene Vater, der Proletarier, kommt in Gegensatz zum neuen Vorbild, dem Lehrer, das heißt: dem Bourgeois. Und der Lehrer sorgt dafür, daß der Vater dabei schlecht abschneidet.

Zum Beispiel: die unterdrückten Klassen sprechen praktisch eine andere Sprache. Man darf ja nicht vergessen, daß die Sprache der herrschenden Klasse, das sogenannte Schriftdeutsch, für die große Masse des Volkes praktisch eine Fremdsprache, jedenfalls nicht die Umgangssprache, ist. Die Kinder des arbeitenden Volkes werden nun von vornherein ihrer Klasse entfremdet, indem sie schon mit sechs Jahren in der Schule einer anderen Sprache, einer anderen Begriffswelt, einem anderen Menschenbild gegenübergestellt werden. Und sie werden nun mit riesigem ideologischem Druck - wir wissen das: mit Strafen, "Aus-der-Klasse-Stellen" und ähnlichen Methoden - gedrillt, auf die Ideologie der herrschenden Klasse orientiert, indem sie gezwungen werden, die Schriftsprache anzunehmen, indem sie das bürgerliche Menschenbild des ohne kollektives Bewußtsein seine eigene Karriere anstrebenden Menschen annehmen. Gleichzeitig dürfen wir ja nicht vergessen, daß durch diese Methode das Arbeiterkind zu glauben beginnt, daß sein eigener Vater, der ihm bis dahin durchaus imposant vorgekommen war, diesem "Menschenbild" der Bourgeoisie gegenüber "minderwertig" sei. Folgender Keim wird dadurch in das Arbeiterkind gesetzt: als neue Autorität tritt der Lehrer an die Stelle des Vaters. Der Vater wird nun von dem Kind geradezu als "primitiv" empfunden. Das Arbeiterkind bekommt das Gefühl: "Ich muß mich von meinen proletarischen Mitmenschen wegentwickeln, dem bürgerlichen Menschenideal entgegen." Alle diese Dinge sind durch lang andauernde wissenschaftliche Untersuchungen erhärtet worden.

Das proletarische Kind wird also seiner eigenen Klasse entfremdet; es beginnt, sich und seine proletarische Umwelt als minderwertig zu empfinden. Die in derselben Schulklasse zusammengefaßten Bourgeoiskinder finden sich in ihren Vorstellungen bestätigt; sie müssen sich in der Schule nicht verändern, der Lehrer spricht ihre Sprache; die Folge: sie sind die guten Schüler, die Arbeiterkinder die schlechten.

Kurz und gut: Guter Schüler sein heißt in der Klassengesellschaft: guter Bourgeois sein. Ein Arbeiter wird normalerweise kein guter Bourgeois. Nur die anpassungsfähigsten der Arbeiterkinder schaffen das. (Etwa fünf von hundert kommen auf die Universität.)

Gerade diejenigen Arbeiterkinder aber, die ein feineres Empfinden für die gesellschaftliche Wirklichkeit mit grösserer Unbeugsamkeit des Charakters verbinden, die also dem Druck, der sie verformen will, Gegendruck entgegenstellen, werden durch brutalen Terror zu Seelenkrüppeln geschlagen. Das hier Menschen außer Gefecht gesetzt werden, die für die Avantgarde des kämpfenden Proletariats in Frage kämen, versteht sich. Die Masse der proletarischen Kinder aber werden ganz einfach verformte Menschen; sie sind der eigenen Klasse entfremdet und schielen bewundernd nach der herrschenden Klasse, die als vorbildlich zu betrachten ihnen eingebrannt ist.

Gegen die Verformung des Bewußtseins der proletarischen Massen richtet sich der Hauptstoß unserer Arbeit. Die grosse Perspektive ist natürlich auch hier die Revolution.

Die SPÖ möchte das Bildungssystem "demokratischer" machen, worunter sie versteht, daß mehr Arbeiterkindern Gelegenheit zum Studium gegeben werden solle. Wenn aber mehr Arbeiterkinder studieren, heißt das, daß eben mehr Kinder des Proletariats, die ihrer Klasse dienen könnten, dieser entfremdet werden und in den Dienst der herrschenden Klasse gestellt werden.

GEDANKEN ÜBER EINE AUSSTELLUNG

Zunächst ein Vergleich, der sich unwillkürlich aufdrängt: Die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten), die sich, als einzige wirklich kommunistische Organisation in Österreich, systematisch bemüht, die Ideen Mao Tsetungs und die Erfahrungen der chinesischen Revolution, soweit sie allgemeingültige Bedeutung haben, mit den konkreten Bedürfnissen und Anforderungen der revolutionären Bewegung des österreichischen Proletariats zu verbinden, hat schon im Vorjahr in Wien und in einigen Bundesländern Ausstellungen über die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus in der Volksrepublik China veranstaltet. Wenn man jedoch die vorjährige mit der heurigen Ausstellung in Wien vergleicht, so fällt einem vor allem auf, daß sich jetzt die Besucherzahl und die Menge der abgesetzten Werbeliteratur vervierfacht hat. Keine Kleinigkeit, fürwahr!

Das ist ein sehr bemerkenswertes Ergebnis. Es ist nicht nur der geradezu unwahrscheinlichen Opferwilligkeit unserer Genossen zuzuschreiben, die tief in ihr Lohnsackerl gegriffen haben, um die Kosten für das zentral gelegene Lokal sowie für die Werbematerialien zustande zu bringen, sondern auch der Einsatzfreudigkeit von etwa zwanzig Aktivisten der Wiener Organisation, die, obgleich nicht freigestellt, sondern in Arbeit - z.T. in Schichtarbeit - stehend, vier Wochen hindurch täglich neun (9) Stunden lang im Ausstellungsraum Dienst machten, um die Ausstellung geschmackvoll und zweckmäßig zu arrangieren, die Besucher zu betreuen, ihnen zusätzlich Aufklärungen zu geben und mit ihnen - oft sehr lebhaft - zu diskutieren. Darin zeigte sich die unerschöpfliche innere Kraft der VRA, und jene Genossen, welche noch nicht im gleichen Maße ihre Aktivität und Energie bei dieser Veranstaltung unter Beweis gestellt haben, werden sich gewiß an den VRA-Mitgliedern, die vielleicht in internen Diskussionen bisher schweigsamer waren, aber bei dieser Aktion praktisch an den Tag gelegt haben, daß man sich auf sie verlassen kann, für die Zukunft ein Beispiel nehmen.

x x x

Mehr als 2.000 Besucher der Ausstellung - das allein gibt zu denken. Dazu kommen aber noch folgende bemerkenswerte Fakten: Erstens gab es außer diesen registrierten Besuchern auch viele Tausende von Passanten, die an den vier großen Auslagenscheiben des Ecklokals Favoritenstraße - Weyringergasse stehenblieben und die darin ausgestellten Plakate, Photomontagen, Porträts, Bücher, Zeitschriften, Broschüren, Abzeichen, Schallplatten, Klavierauszüge, Postkarten usw. usf. in Augenschein nahmen und zumeist aufmerksam studierten. Freilich, sie wagten es noch nicht - unter dem (für sie zumeist unsichtbaren) Druck der "freien" bürgerlichen "Demokratie" -, die Ausstellungsräume selbst zu besichtigen; konnte aber das von ihnen in der "Straßengalerie" Bestaunte ohne Eindruck auf sie bleiben?

Zweitens gab es nicht wenige, die zu wiederholten Malen die Ausstellung besuchten: die einen, die ihren ersten oberflächlichen Eindruck durch gründlichere Betrachtung der Exponate vertiefen wollten; die anderen, die auf Grund der mitgenommenen Kataloge Bücher und Broschüren kauften; schließlich solche, die einfach das Große, das Zukunftsträchtige, das sie hier unversehens wahrgenommen hatten, stärker und nachhaltiger auf sich einwirken lassen wollten, wie etwa jene Schülerin, die im Besucherbuch niederschrieb: "Bin heute zum fünften Mal hier, es gefällt mir aber immer wieder."

x x x

Doch nein, so friedlich und glatt wickelte sich das Ausstellungsgeschehen nicht ab. Andernfalls wäre das ein unerklärliches Wunder. In Wahrheit war das Ausstellungslokal eine Arena des Klassenkampfes in Österreich! Eine Übertreibung? Kaum. Da gab es z.B. einen westdeutschen Kapitalisten, der höhnisch fragte, wann sich der chinesische Arbeiter einen so eleganten Anzug leisten können würde, wie er ihn trage. Aber auch viele einfache Menschen aus dem Volk von Österreich standen sichtlich unter dem überwältigenden Einfluß der kapitalistischen Meinungsmacher, wenn sie etwa im Besucherbuch bemängelten, man erführe hier nichts vom "individuellen" Leben der Menschen Chinas. Sie meinten wohl "trautes Heim - Glück allein" vor dem "Patschen-Kino" oder Blechschaden-Selbstbehalt-Opfer der kapitalistischen Automobil-Überproduktionskrise. Wie dem auch sei: Die geistige Knechtschaft, in der sich, wie schon Lenin Anfang der zwanziger Jahre festgestellt hat, die "westlichen" Arbeiter befinden, treibt logischerweise auch hier ihre Blüten. "Absolut einseitige propagandistische Darstellung!", wütet am 1. November ein "cand.med." im Besucherbuch und beklagt die "proletarische Nivellierung" in Volks-China. Anschließend antwortet ihm ein österreichischer Arbeiter: "Es gibt eine bürgerliche und eine proletarische Linie. China verfolgt konsequent die proletarische Linie. Wenn es proletarisch einseitig ist, so sind wir stolz auf solche Einseitigkeit." Kommentar - wie man sagt - überflüssig...

x x x

In diesem Klassenkampf zeigt sich klar, wer wirklich stark ist und wer nur Stärke vortäuscht: 90 Prozent der österreichischen Bevölkerung können noch die Monopolkapitalisten und ihre sozialdemokratisch- neurevisionistischen Lakaien für ihr betrügerisches parlamentarisches System zur Wahlurne schleppen, und ebensogroß ist ungefähr der Anteil jener, die sich - aus Angst vor der eigenen Courage - nicht einmal in die Ausstellungsräume trauen. Doch jene Besucher, die trotz den unwiderleglichen Beweisen, welche die Ausstellungsexponate bieten, eine antikommunistische und chinafeindliche Haltung bewahren, stellen eine verschwindende Minderheit unter der Gesamtzahl der Ausstellungsbesucher dar. Wahrhaft kennzeichnend für die wirkliche Stimmung der österreichischen Werktätigen sind die zahllosen mündlichen und schriftlichen Bekundungen der Bewunderung für die großartige Leistung beim sozialistischen Aufbau in Volks-China, der Sympathie für das fleißige und begabte chinesische Volk und der Hochachtung für seinen Führer Mao Tsetung. Diese Stimmung wirkte sich sogar direkt auf den Verlauf der Ausstellung aus.

Auf Grund zahlreicher kritischer Bemerkungen und positiver Anregungen von Ausstellungsbesuchern haben unsere Genossen während der Ausstellung folgende, den gegebenen Anregungen entsprechende Inschrift an der Innenwand des Lokals angebracht:

SEHT, EIN ENTWICKLUNGSLAND, DAS KEINERLEI IN- UND AUSLÄNDISCHE SCHULDEN HAT UND SELBST ZINSENLOSE ENTWICKLUNGSHILFE LEISTET, WEIL ES SICH GEMÄSS DER PAROLE MAO TSETUNGS "AUS EIGENER KRAFT" ENTWICKELT.

x x x

Eine besondere Freude für die unermüdlichen Aktivisten der VRA waren die Besucher unserer chinesischen Freunde in der Ausstellung "Volks-China im Aufbau", vor allem der Besuch des Botschafters der Volksrepublik China am 11. November. Botschafter Wang Yüeh-yi gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß durch diese Veranstaltung das gegenseitige Verständnis der Völker Österreichs und Chinas und ihre Freundschaft gefördert würden. Zahlreiche Inschriften im Besucherbuch sowie Äußerungen im Gespräch mit den Betreuern bestätigten diese seine Zuversicht vollauf. →

Viele Besucher bekundeten ihre Genugtuung darüber, daß endlich die legitimen Rechte Chinas in der UNO wiederhergestellt wurden. Sie betonten, es sei absolut notwendig, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und China vertieft werden.

x x x

Im Besucherbuch finden sich Eintragungen in ungarischer, tschechischer, armenischer, chinesischer, albanischer, arabischer, slowenischer, serbokroatischer, italienischer, holländischer, norwegischer, polnischer, bulgarischer und schwedischer Sprache. Auch amerikanische, indonesische und andere ausländische Gäste haben die Ausstellung besichtigt und begrüßt. Von vielen anerkennenden Urteilen ist vielleicht ein lakonisches am bezeichnendsten: "Ich staune!"

Was uns österreichische Marxisten-Leninisten begreiflicherweise am meisten freute, ist jedoch der gewachsene Anklang, den die Tätigkeit unserer VRA in der werktätigen Bevölkerung Österreichs findet. Wenn das rege Interesse vieler alter Kommunisten und junger Sozialisten, Mittelschüler und Studenten sowie Lehrer und Professoren besonders begrüßenswert ist, so ist es nichtsdestoweniger von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in Österreich, daß dank der Ausstellung mehrere junge Freunde zur Überzeugung gelangt sind, in der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) mitarbeiten zu müssen. Ihnen sei der letzte und herzlichste dieser "Gedanken" gewidmet.

DIE LESER SCHREIBEN

Die Ausstellung war eine Kraftquelle.

Die Stärke der VRA drückte sich im heurigen Jahr besonders durch die letzte China-Ausstellung aus. Der Erfolg dieser repräsentativen Informationsschau gab den Kadern unserer Organisation in jeder Weise recht, dadurch das österreichische Volk über die Leistungen des chinesischen Volkes mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze zu informieren. Tausenden Menschen wurde die Unbesiegbarkeit des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen anschaulich gezeigt.

Der rasche technische Fortschritt in den Städten wie auf dem Lande wurde mit der Losung Mao Tsetungs "Aus eigener Kraft" treffend vermerkt.

Genossen! Verstärken wir freundschaftlichen Bande zwischen den Völkern immer mehr. Zeigen wir dem österreichischen Volk, wer seine wahren Freunde und wer die wahren Feinde sind. Das österreichische Volk bewies in seiner Geschichte heldenhaften Mut, Kraft und Ausdauer. Lassen wir nicht zu, daß es weiterhin Spielball imperialistischer Großmachtinteressen bleibt.

Der harte, zähe Kampf machte aus dem ausgebeuteten, ausgehungerten, geknechteten chinesischen Volk ein Bollwerk der Weltrevolution, einen Freund der Völker der ganzen Welt. Der oberste Grundsatz der Volksrepublik China lautet: Niemals Großmachtinteressen haben und den Fuß in den Nacken anderer Völker setzen.

Genossen! Arbeiten wir konsequent an der Aufklärung der Massen weiter. Geben wir keinen Fußbreit Boden den imperialistischen Handlangern in unserem Lande frei. Zerstören wir aber auch die Illusionen der Verräter in der "K"PÖ-Führung, die Österreich in das Schlepptau der Sozialimperialisten in Moskau bringen wollen! Bekämpfen wir die Verträge mit den monopolkapitalistischen "Großeuropäern", die Österreich in einen Sklavenstaat verwandeln!

China ist frei - Österreich wird frei!

Das österreichische Volk wird seine wahren Freunde finden und seine Feinde isolieren!

Es lebe die Weltrevolution!

E. B. Wien

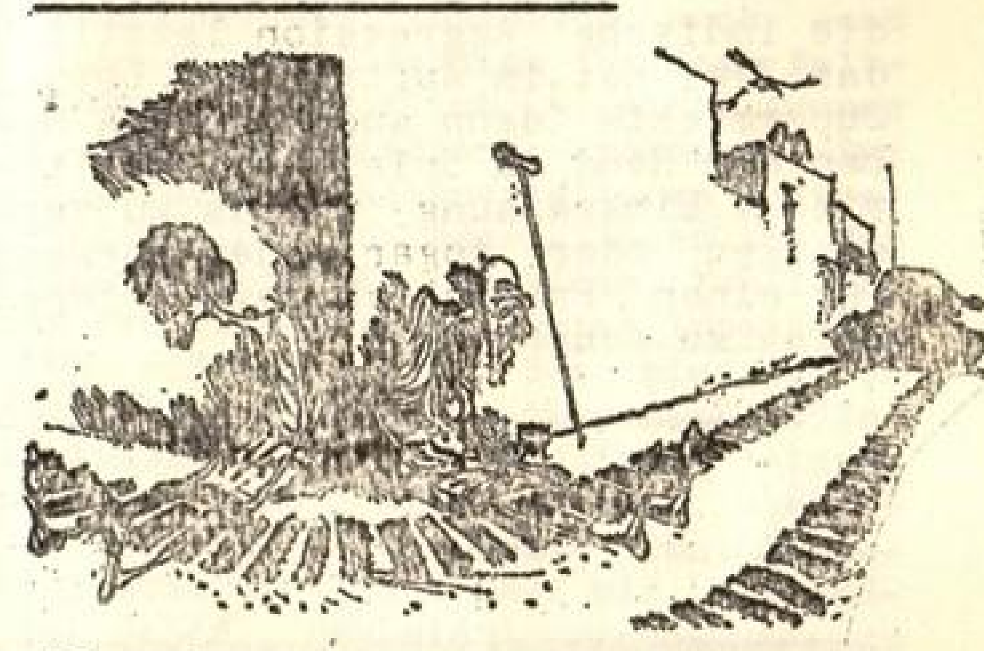
Breshnew schickt die Inder in den Krieg

Freiwillig werden Imperialisten und Reaktionäre nie ihre Aggressionen aufgeben, lehrt uns Mao Tsetung. Mögen sie auch immer wieder Niederlagen erleiden.

Nachdem sich die russischen Sozialimperialisten vom ersten Schrecken über das Scheitern ihres Planes, im April dieses Jahres die herrschenden reaktionären Kreise in Indien für die Hilfsdienste bei der Einkreisung Chinas mit der Unterstützung eines Raubkrieges gegen Pakistan zu belohnen, erholt hatten, wurden neue Pläne entworfen. Es begannen intensive Verhandlungen zwischen der russischen und der indischen Regierung, die im Abschluss eines "Freundschaftspaktes" gipfelten, der offiziell natürlich dem "Frieden dienen" soll. Dieser "Freundschaftspakt" hat nur den einen Zweck, Indien politisch und militärisch noch fester an den antichinesischen, konterrevolutionären Kriegskarren der Sozialimperialisten in Moskau zu binden. Und so kommen am laufenden Band russische Abordnungen nach Indien, darunter offen militärische; wurde eine reibungslose Luft- und Seebrücke für den Nachschub organisiert.

Die Herren in Moskau werden im gleichen Ausmass nervöser, als das Ansehen der Volksrepublik China steigt. Von der sozialimperialistischen Peitsche also angetrieben, treffen die indischen Reaktionäre nun in aller Öffentlichkeit Anstalten, Pakistan zu überfallen. Die Art, wie diese Aggression organisiert wird, erinnert lebhaft an die Methoden, die Hitler seinerzeit bei seinem Überfall auf die Tschechoslowakei anwendete. Heute wie damals fühlt sich ein mehrfach an Ausdehnung, Menschen und militärischer Ausrüstung überlegenes Land von einem Nachbarn "bedroht". Damals waren es die sogenannten Sudetendeutschen, denen man aus "nationaler Solidarität" unbedingt "helfen" musste. Diesmal ist es die hinduistische Minderheit im Mohamedanerstaat Pakistan, die man zur Massenflucht animiert und der man "unbedingt helfen" muss - indem man diese Minderheit als Kanonenfutter im Krieg gegen Pakistan benützt...!

GESPRÄCH IN INDIEN



"Das ist das, was wir brauchen! Einen guten Krieg, damit wir nicht mehr an unsere Sorgen denken."

Für "Bangla Desh" (wie man in Indien Ostpakistan bezeichnet) wird eine weltweite Publicity-Aktion gestartet, man denkt aber in Wirklichkeit nur daran, dieses nach einem frisch-fröhlichen Krieg für Indien zu erobern, wie seinerzeit auch das "Protektorat Böhmen-Mähren" dem Nazi-Reich einverleibt wurde. Und so ziehen die Breshnew und Gandhi landauf, landab und versuchen in aller Welt die konterrevolutionären, reaktionären und imperialistischen Kreise, denen noch die UNO-Abstimmung über China in den Knochen sitzt, zu sammeln, um Komplizen oder zumindest wohlwollend "Neutrale" für ihren Angriff auf Pakistan zu mobilisieren. Gegen ein Land, das versucht seine Unabhängigkeit und Integrität durch freundschaftliche Beziehungen mit China, dem Feind Nr. 1 des kapitalistischen Weltestablishment, abzusichern.

Dass dabei die Fabrikanten der "öffentlichen Meinung" in Österreich - natürlich inklusive "Volksstimme" - kräftig mithelfen, ist ja geradezu selbstverständlich. Es muss aber klar sein, dass die Folgen der von Breshnew und Co inszenierten indischen Aggression weltweit sein können, die auch Österreich treffen würden.

Die Stellung Chinas wurde von seinen verantwortlichen Genossen klar umrissen. China wird alles in seiner Macht Stehende tun, um den Kriegsbrand, der nicht weit von seinen Grenzen aufzuflammen beginnt, austreten zu helfen. Noch dazu, wo die indische Aggression letztlich das Ziel hat, im Auftrag der beiden Supermächte (denn auch die USA haben die Hand im Spiel) die militärische Einkreisung Chinas zu verstärken oder sogar einen Vorwand für einen "Präventivkrieg" gegen China zu schaffen.

Wir sind keine zitternden bürgerlichen Pazifisten. Wir wissen, dass ein neuer Weltbrand mit der Weltrevolution enden wird, aber um den Preis unermesslicher Opfer der arbeitenden Menschen. Wir orientieren uns daher auf die Revolution, die den Krieg verhindern kann. Es ist Aufgabe der Revolutionäre in aller Welt, der "Bangla-Desh"-Kriegspropaganda der Imperialisten aller Schattierungen ein schmähliches Ende zu bereiten. Wir von der VRA rufen daher den Österreichern zu: Lasst Euch von der Propaganda der Imperialisten und ihrer österreichischen Lakaien nicht manipulieren! Seid wachsam!

VOM 'FRIEDENS'-BRANDT ZUM KRIEGSBRAND?

Dem westdeutschen Bundeskanzler Brandt wurde der "Friedens"-Nobelpreis zuerkannt! Es fehlte nicht viel, und ein allgemeines Halleluja-Singen und Glokkengeläute wäre ausgebrochen ob der Freude, daß der brave Knecht des westdeutschen Monopolkapitals drei Millionen Schilling dafür erhielt, daß er, wie es so schön im Kommuniqué der Preisverleihung heißt, "die Völker Ost- und Westeuropas einander nähergebracht" und dadurch dem Weltfrieden einen "großen" Dienst erwiesen hätte..

Es ist allgemein bekannt, daß die Nobelpreise keineswegs "objektiv" und unparteiisch verteilt werden, daß vielmehr ihr ganzer ausgeklügelter Zweck darin besteht, durch die Auswahl der Preisträger dem Weltimperialismus, dem Weltkapital und der Weltreaktion Nutzen zu bringen. (Aus dieser Erwägung heraus hat übrigens der bekannte französische Linksintellektuelle Sartre seinerzeit den ihm verliehenen Nobelpreis zurückgewiesen.) Nun, von diesem Gesichtspunkt aus hat Brandt den "Friedens"-Nobelpreis "redlich" verdient; hat er doch entscheidend dazu beigetragen, die konterrevolutionäre Koalition Moskau-Bonn unter Dach und Fach zu bringen.

Wir haben in unseren Zeitungen immer wieder anläßlich der einzelnen Etappen der Verhandlungen der russischen Revisionisten mit den westdeutschen Monopolkapitalisten diese Packelei angeprangert, deren Ziel, die gemeinsame Unterdrückung und Ausbeutung der Völker Mittel- und Osteuropas, von vornherein klar war. Es begann schon unter Chruschtschow, als dieser, getarnt durch einen - wie sich später herausstellte - Theaterdonner um Berlin, seine Fühler nach Bonn ausstreckte. Seine Nachfolger setzten mit Zähigkeit, aber dabei mit mehr Schläue und Raffiniertheit, dieses "edle Werk" fort. Die Erwägungen, welche die Sozialimperialisten dazu trieben, sich mit den deutschen Monopolkapitalisten, den rabiatesten Kapitalisten Europas, zu verbünden, liegen auf der Hand:

1. Die miteinander verbandelten und zugleich revalisierenden imperialistischen Supermächte, USA und UdSSR, trachten bei ihrem Ränkespiel möglichst viele und starke Verbündete um sich zu haben.

2. Die Moskauer Revisionisten sind bei ihrem Krebsgang zurück zum Kapitalismus wirtschaftlich in eine Sackgasse geraten; um aus ihr herauszufinden, trachten die Kreml-Herren auf übliche monopolkapitalistische und imperialistische Manier, sich auf Kosten der Länder, die sie beherrschen, zu sanieren, was freilich den Gegendruck seitens der betroffenen Völker hervorruft (siehe Polen und die Tschechoslowakei).

Aus dieser Sackgasse suchen aber die Breschnjew und Konsorten auch -und das macht die Situation für den Weltfrieden so gefährlich - einen Ausweg in imperialistischer Expansion. Das bringt die Sozialimperialisten in Konflikt mit den US-Imperialisten und den alten Kolonialmächten (ein Konflikt, der den Widerspruch unter Imperialisten widerspiegelt, den sie jedoch fälschlich als Gegensatz zwischen "Sozialismus" und Imperialismus hinzustellen bemüht sind - eben deshalb nannte Lenin solche Leute "Sozialimperialisten"). Das bringt sie schließlich dahin, raubgierig nach China zu blicken, das ja - vor allem nach der Großen Proletarischen Kulturrevolution - für das Verräterpack in Moskau eine tödliche politische Gefahr darstellt.

Mehr als 35 Divisionen, darunter mit Atomwaffen ausgerüstete Raketenabteilungen, haben die Sozialimperialisten schon seit langem an der chinesisch-sowjetischen und chinesisch-mongolischen Grenze massiert, und sie wollen noch mehr Truppen an die Grenzen des von ihnen so sehr gehaßten revolutionären China werfen, was zwangsläufig weitere politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten nach sich zieht. Die Sozialimperialisten sehen sich daher gezwungen, sich um Partner umzusehen, die wirtschaftlich, politisch und letzten Endes militärisch bereit wären, ihnen aus der Sackgasse herauszuhelfen - gegen Lohnende Beteiligung an der Ausbeutung der Sowjetvölker selbst sowie der von der Breschnjew-Clique beherrschten Länder.

Es ist logisch, daß sich da im Fernen Osten die japanischen Militaristen und im Westen die vom "gleichen Geist beseelten" Bonner Revanchisten anbieten.

Es würde zu weit führen, hier die einzelnen Etappen dieser sozialimperialistischen Politik zu beschreiben; sie wurden in unserer Zeitung wiederholt aufgezeigt. Ihr Ziel ist jedenfalls die politisch-militärische Absicherung der sozialimperialistischen Herrschaft in Osteuropa gegen den Willen der betroffenen Völker mit Hilfe der westdeutschen Monopolkapitalisten. Letzteren wird erstens Tür und Tor für die wirtschaftliche Durchdringung Osteuropas geöffnet und soll zweitens (das war ja auch der Hauptzweck des Treffens Brandt-Breschnjew) dazu verholfen werden, sich der Fesseln, die ihnen die Niederlage im 2. Weltkrieg auferlegt hat, vollends zu entledigen, um ungehemmt, wie die Monopolkapitalisten Japans, eine eigenständige imperialistische Politik betreiben zu können.

Im Rahmen dieser Verräterpolitik gegenüber den Völkern Osteuropas, die mit Hilfe der örtlichen revisionistischen Lakaien durchgeführt wird, spielt der Verrat an der DDR eine besondere Rolle. Seinerzeit wurde die DDR mit Zustimmung der Sowjetregierung unter Stalin von den deutschen Arbeitern gegründet als Bollwerk der proletarischen Revolution in ganz Deutschland, etwa wie es jetzt Nordvietnam und Nordkorea in den betreffenden Ländern sind. Dabei stellte Westberlin einen zeitweilig von den Westmächten besetzten Teil der DDR dar. Im Zuge des Auf- und Ausbaus des Bündnisses Moskau-Bonn wurde die Deutsche Demokratische Republik mit Hilfe ihrer revisionistisch entarteten Funktionäre systematisch, Schritt für Schritt ihres Daseinszwecks beraubt. Jetzt, nach den Gesprächen Brandt-Breschnjew, sieht die Situation so aus: Westberlin wurde an Westdeutschland ausgeliefert und soll seine Rolle als Zwingburg der westdeutschen Imperialisten innerhalb der DDR - unter dem "Schutz" der Westmächte und mit voller Billigung der Sozialimperialisten - spielen. Die DDR selbst, mit großen Opfern von den werktätigen Massen aufgebaut, soll aufhören, ein Hort der Revolution in Deutschland zu sein.

Um die "friedliche Koexistenz" der DDR-Arbeiter mit dem westdeutschen Monopolkapital irgendwie zu entschuldigen, wird gar die DDR als separate "Nation" deklariert, und zwar mit der willkürlichen und jeder wissenschaftlichen Definition hohnsprechenden "Begründung", sie wäre durch die gegebenen politischen "Realitäten" (ein beliebtes Wort der Sozialimperialisten, das zur Rechtfertigung ihrer Teilung der Welt in Einflußsphären mit dem US-Imperialismus herhalten muß!) zu einer solchen geworden. Mit demselben fadenscheinigen "Argument" könnten auch die Vietnamesen und Koreaner diesseits oder jenseits des 17. bzw. 38. Breitegrads als voneinander verschiedene "Nationen" und ebenso die vom US-Imperialismus besetzte chinesische Insel Taiwan als besondere "Nation" bezeichnet werden (was bekanntlich die moskauhörigen Revisionisten bis vor kurzem wirklich taten!). Auf so eine "Argumentation" gestützt, könnten eines Tages die westdeutschen Imperialisten neuerlich ihren Anspruch auf Österreich erheben! Das zeigt, wie nahe uns auch in dieser Hinsicht die Vorgänge in und um Deutschland berühren.

Das Bündnis Breschnjew-Brandt hat den Verrat an den osteuropäischen Völkern und vor allem am deutschen Volk in Ost und West besiegelt, wobei nicht unerwähnt bleiben soll, daß den Werktätigen der DDR mit dem Segen Westdeutschlands gegebenenfalls die Rolle von Landsknechten gegen China zugedacht ist - ein Umstand, der angesichts der augenblicklich beginnenden Aggression Indiens gegen Pakistan (darüber schreiben wir an anderer Stelle) von brennender Aktualität ist.

Und für all das hat Brandt unter dem - berechtigten - Jubel des internationalen Kapitals den "Friedens"-Nobelpreis bekommen, nicht aber für einen "Dienst" am Weltfrieden, der in der Tat nicht zuletzt durch das Bündnis Bonn-Moskau bedrohter ist denn je.

Über den Vertrag zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland

Diese Broschüre beinhaltet eine Stellungnahme der chinesischen Genossen.

Preis: S 3.-- plus Porto

Bezieher eines Broschürenabonnements erhalten die Broschüre demnächst zugeschickt

Unsere Postanschrift:
A 1205 Wien, Postfach 3

27 Jahre Volksrepublik Albanien

Vom 1. - 8. November 1971 fand der 6. Parteitag der Partei der Arbeit von Albanien in Tirana statt.

Aufgabe dieses 6. Parteitages war es, über die Durchführung der vom 5. Parteitag für den 4. Fünfjahrplan gestellten Aufgaben Bilanz zu ziehen sowie die Direktiven für die nächste Wirtschaftsperiode, den 5. Fünfjahrplan, festzusetzen.

Laut Statistik betrug die albanische Industrieproduktion im Jahre 1970, dem letzten Jahr des 4. Fünfjahrplanes, 60,8 Prozent des gesamten Nationaleinkommens aus Industrie und Landwirtschaft (1938 entfielen 9,8 Prozent des Nationaleinkommens auf die Industrie). Im Vergleich zu 1965 war sie um 83 Prozent gestiegen. Die im 4. Fünfjahrplan an die Industrie gestellten Aufgaben wurden innerhalb von 4 Jahren und sieben Monaten erfüllt.

Die Erdölindustrie stellt einen der wichtigsten Faktoren in der albanischen Volkswirtschaft dar. "Jede geförderte Tonne Öl bedeutet einen Sieg für Albanien und einen Schlag für seine Feinde." Die Rohölproduktion des Jahres 1970 war um 81 Prozent höher als die des Jahres 1965, d.h. in der Rohölproduktion wurde der 4. Fünfjahrplan um 35 Prozent übererfüllt.

Durch die Errichtung des Wärmekraftwerkes in Fier mit einer Leistung von 75.000 kW sowie einer Anzahl von kleineren Wasserkraftwerken konnte während der Periode des 4. Fünfjahrplanes, und zwar am 25. Oktober 1970, die komplette Elektrifizierung des Landes fertiggestellt werden. Albanien zählt somit zu den ersten Ländern der Welt, die eine komplette Elektrifizierung des ganzen Landes erreicht haben.

Während des 4. Fünfjahrplanes wurde auch die Entwicklung der chemischen Industrie in Angriff genommen. Die chemische Industrie ist inzwischen soweit herangereift, daß sie immer mehr zur Unterstützung anderer Wirtschaftszweige, vor allem der Landwirtschaft, herangezogen werden kann.

Die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft ist ebenfalls ein Faktor, dem die Partei der Arbeit von Albanien größte Aufmerksamkeit schenkt. Während des 4. Fünfjahrplanes wurden in der Landwirtschaftsproduktion beachtliche Erfolge erzielt. Die Landwirtschaftsproduktion war 1970 um 33 Prozent höher als vor der Befreiung, 1938. Enver Hoxha erklärte in diesem Zusammenhang: "Die Linie, die unsere Partei verfolgt, ist: wir sollen nicht nur eine entwickelte Industrie haben, sondern auch eine fortschrittliche Landwirtschaft, um unsere Wirtschaft stärker und unabhängiger zu machen. Es ist notwendig, auf zwei Beinen zu gehen, d.h. sich sowohl auf die Industrie als auch auf die Landwirtschaft zu stützen. Das ist vor allem für unser Land äußerst wichtig und bedeutsam."

Auf Grund der Erfolge des 4. Fünfjahrplanes kann man daher sagen, daß es dem albanischen Volk unter Führung der Partei der Arbeit von Albanien, mit Genossen Hoxha an der Spitze, gelungen ist, die wirtschaftliche Basis für den Sozialismus zu schaffen.

Aufgabe des 5. Fünfjahrplanes (1971-1975) wird nun die weitere Entwicklung der Industrie sowie der ideologische und kulturelle Aufbau der sozialistischen Gesellschaft sein.

Die weitere Entwicklung der Industrie soll zum Ziele haben, Albanien von einem Agrar-Industrieland in einen Industriestaat mit fortschrittlicher Landwirtschaft umzuwandeln.

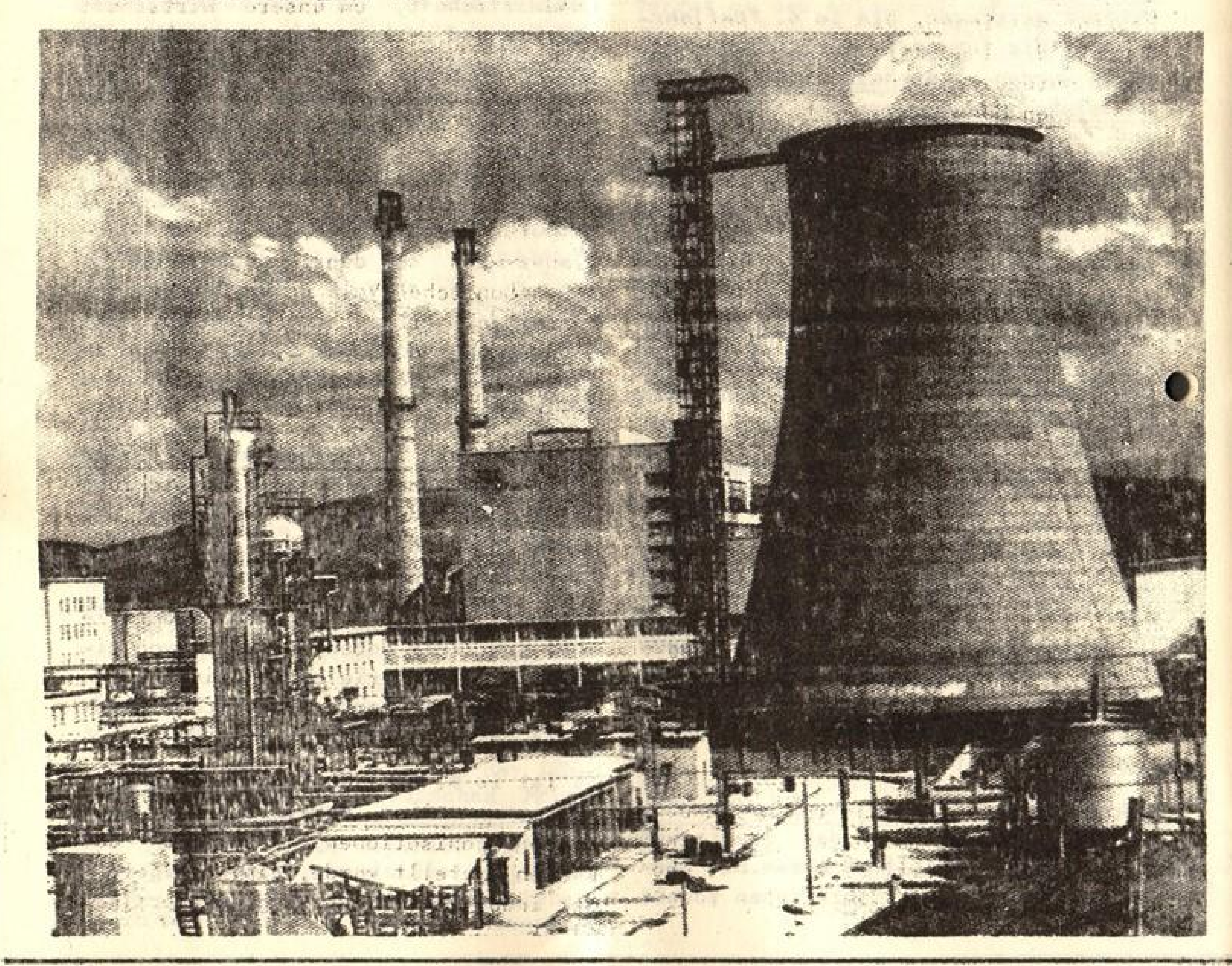
So ist im 5. Fünfjahrplan, der in Diskussionen aller Werktätigen in den Massenorganisationen, Betrieben und Werken erstellt wurde, eine Steigerung der Industrieproduktion gegenüber 1970

von 60-65 Prozent vorgesehen, wobei der Produktionsanstieg in den einzelnen Industriezweigen wie folgt geplant ist: Rohölgewinnung um 64 Prozent, Steinkohle um 99 Prozent, Chrom um 123 Prozent, Kupfer um 60 Prozent, chemische Produkte um 130 Prozent, Stromerzeugung um 108 Prozent usw.

In bezug auf den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, der Heranbildung von Menschen mit sozialistischem Bewußtsein, wurden bereits während der Periode des 4. Fünfjahrplanes entscheidende Maßnahmen durch die Ausarbeitung und Einführung neuer Erziehungspläne und -programme getroffen. Die Einführung der revolutionären Dreiecksausbildung nach den marxistisch-leninistischen Grundprinzipien - Studium, Arbeit und Verteidigung - wird für die diesbezüglichen Aufgaben des 5. Fünfjahrplanes die Ausgangsbasis zur ideologischen und kulturellen Erziehung der albanischen Jugend sein.

Der 27. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik Albanien ist für uns österreichischen Marxisten-Leninisten ein willkommener Anlaß, wieder die beispielhafte Rolle der Partei der Arbeit von Albanien und des gesamten albanischen Volkes im Kampf gegen Imperialismus, Revisionismus und für die Volksmacht aufzuzeigen. Für uns ist Albanien der Leuchtturm des Sozialismus in Europa.

INDUSTRIEKOMPLEX IN FIER



UNO: Eine neue Ära hat begonnen

Als am 15. November in der UNO-Generalversammlung 57 Delegierte, als Vertreter ihrer Länder oder als Sprecher einer Staatengruppe, die chinesische Delegation begrüßten, stellten sie einmütig fest, daß in der Geschichte der UNO im besonderen und der Entwicklung der internationalen Lage seit Ende des 2. Weltkriegs im allgemeinen ein ganz neuer Zeitabschnitt begonnen hat. "Ein neues Kapitel in der Geschichte der Vereinten Nationen und der ganzen Welt hat begonnen." So charakterisierte der Vertreter der Arabischen Republik Yemen den Beschluß der Generalversammlung vom 25. Oktober, durch den die Volksrepublik China mit überwältigender Mehrheit in ihre legitimen Rechte wiedereingesetzt wurde. "Wir bezeugen und begrüßen hier die Geburt einer neuen Ordnung in der UNO", rief der Delegierte Ugandas aus, und auch der holländische Sprecher stellte im Namen der westeuropäischen Staatengruppe fest, daß mit ihrer "historischen Entscheidung" die UNO "jetzt in eine neue Ära eintritt". Diese übereinstimmende Einschätzung ist kein Zufall: Zahlreiche Redner sprachen offen aus, daß mit Manipulierung der UNO durch die USA ein für allemal Schluß gemacht wurde. Und sie sprachen die Erwartung aus, daß China dank seinen revolutionären und Aufbauerfahrungen sowie dank seiner konsequenten antiimperialistischen und Friedenspolitik der UNO gewaltige neue Impulse verleihen, ihre Rolle im Interesse der Völker beträchtlich verstärken würde.

Deshalb sagte auch der Leiter der chinesischen UNO-Delegation, Vizeaußenminister Tjiao Guan-hua, in seiner Antwortrede auf die Begrüßungen, der UNO-Beschluß vom 25. Oktober sei "ein Sieg der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung in der Außenpolitik", sei "ein gemeinsamer Sieg der Völker der ganzen Welt".

In den 26 Jahren seit Gründung der UNO, so führte Tjiao aus, haben in der internationalen Lage tiefgreifende Veränderungen stattgefunden: Ein Beweis dafür ist, daß im Gefolge des weltweiten antiimperialistischen Kampfes der unterdrückten Nationen Dutzende von Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ihre politische Unabhängigkeit gewonnen haben. Auch in Europa, Nordamerika, Australien und Neuseeland seien die Massenbewegungen für eine Änderung der bestehenden Zustände im Anstieg. "Eine wachsende Anzahl von mittelgroßen und kleinen Ländern schließen sich zusammen, um der von ein bis zwei Supermächten praktizierten Vorherrschafts- und Machtpolitik Widerstand entgegenzusetzen und für ihr Recht auf Regelung ihrer eigenen Angelgenheiten als unabhängige und souveräne Staaten sowie für Gleichheit in den internationalen Beziehungen zu kämpfen. Die Länder wollen Unabhängigkeit, die Nationen wollen Freiheit und die Volksmassen wollen Revolution - das ist zu einer unwiderstehlichen geschichtlichen Tendenz geworden."

Angesichts dieser Entwicklung sind die verfaulenden reaktionären Kräfte in Panik geraten und schlagen verzweifelt um sich, fügte Tjiao hinzu. "Sie verüben bewaffnete Aggressionen gegen andere Länder, stürzen ihre legalen Regierungen, mischen sich in ihre inneren Angelegenheiten ein, unterwerfen sie ihrer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kontrolle, terrorisieren sie nach Belieben. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat kein neuer Weltkrieg stattgefunden, aber lokale Kriege haben niemals aufgehört. Derzeit besteht noch immer die Gefahr eines neuen Weltkriegs, aber die Revolution ist die Hauptendenz in der Welt von heute. Obwohl es in den Kämpfen der Völker Windungen und Wendungen sowie auch Rückschläge gibt, können die volks- und fortschrittsfeindlichen Gegenströmungen letzten Endes die Hauptströmung der beständigen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft nicht aufhalten."

x x x

Den Höhepunkt der Rede Tjiaos bildete die grundsätzliche Stellungnahme der chinesischen Regierung gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, für die Freiheit der Völker und den Frieden der Welt: